

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 3292
des Abgeordneten Christoph Schulze
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/8296

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3292 vom 09.12.2013:

Flughafen BER: 5,7 Milliarden Euro

Medien, z.B. Focus Online oder FAZ berichteten am 1.11.13 über einen noch unveröffentlichten Bericht der Projektsteuerungsunternehmen WSP CBP zu den Gesamtkosten des Flughafens BER, der die Aussage trifft, dass der Flughafenbau rund 1,1 Milliarden Euro teurer werde als geplant und damit rund 5,7 Milliarden Euro umfassen würde. Da das Land Brandenburg für die Mehrkosten anteilig aufzukommen hat und dem Landtag die Haushaltshoheit obliegt, ist die Frage gerechtfertigt, worin sich diese Mehrkosten begründen und wie sie finanziert werden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft die Darstellung der FAZ vom 01.11.2013 zu, dass es einen unveröffentlichten Bericht der Projektsteuerungsunternehmen WSP CBP zu den Gesamtkosten des Flughafens BER gibt?
2. Können Landtagsabgeordnete diesen Bericht einsehen?
3. Wenn ja: Wo und wie?
4. Wenn nein: Warum nicht?
5. Seit wann ist im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft, in der Geschäftsführung bzw. in der Landesregierung bekannt, dass die 1,2 Milliarden Mehrkosten, das heißt, der Betrag, der von der EU notifiziert wurde, nicht ausreicht?
6. Aus welchen Gründen reicht der schon gewährte 1,2-Milliarden-Zuschuss nicht aus?
7. Welche Kosten in welcher Höhe sind seit der Notifizierung der 1,2 Milliarden Euro durch die EU hinzugekommen?
8. Wie sollen die Mehrkosten finanziert werden? Zu welchen Teilen aus dem Landeshaushalt? Wird Eigenaufkommen der Flughafengesellschaft herangezogen? Wenn ja: woher sollen die Mittel kommen?

9. Geht die Landesregierung davon aus, dass die veranschlagten 5,7 Milliarden Euro die abschließende Kostensumme ist oder wird mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet?

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Trifft die Darstellung der FAZ vom 01.11.2013 zu, dass es einen unveröffentlichten Bericht der Projektsteuerungsunternehmen WSP CBP zu den Gesamtkosten des Flughafens BER gibt?

Frage 2:

Können Landtagsabgeordnete diesen Bericht einsehen?

Frage 3:

Wenn ja: Wo und wie?

Frage 4:

Wenn nein: Warum nicht?

Zu den Fragen 1 - 4:

Ein unveröffentlichter Bericht der WSP CBP zu Gesamtkosten des Flughafens BER, wie in der Kleinen Anfrage angesprochen, liegt der Landesregierung nicht vor. Insofern kann auch keine Akteneinsicht gewährt werden.

Frage 5:

Seit wann ist im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft, in der Geschäftsführung bzw. in der Landesregierung bekannt, dass die 1,2 Milliarden Mehrkosten, das heißt, der Betrag, der von der EU notifiziert wurde, nicht ausreicht?

Frage 6:

Aus welchen Gründen reicht der schon gewährte 1,2-Milliarden-Zuschuss nicht aus?

Frage 7:

Welche Kosten in welcher Höhe sind seit der Notifizierung der 1,2 Milliarden Euro durch die EU hinzugekommen?

Frage 8:

Wie sollen die Mehrkosten finanziert werden? Zu welchen Teilen aus dem Landeshaushalt? Wird Eigenaufkommen der Flughafengesellschaft herangezogen? Wenn ja: woher sollen die Mittel kommen?

Frage 9:

Geht die Landesregierung davon aus, dass die veranschlagten 5,7 Milliarden Euro die abschließende Kostensumme ist oder wir mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet?

Zu den Fragen 5 - 9:

Die Frage möglicher Mehrkosten des Projektes BER über die bisher von den Gesellschaftern der Gesellschaft bereit gestellten Mittel bzw. über die vorhandenen Kredite hinaus wird seit einiger Zeit im Parlament wie in der Öffentlichkeit diskutiert, vgl. etwa die gerade erfolgte Debatte über den Nachtragshaushalt in Brandenburg. Belastbare Angaben der Flughafengesellschaft hierzu liegen allerdings noch nicht vor, so dass eine Antwort auf die gestellten Fragen gegenwärtig nicht möglich ist.